

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheinung: Dienstags & Donnerstags, Samstag

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftsteller
W. H. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Anzeigen
kosten die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 15 Pf.
für auswärtige Besteller 20 Pf.
Reklamen 50 Pf.

Bezugspreis
monatlich 55 Pf., mit Bringer-
lohn 60 Pf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1.80 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Nr. 150.

Donnerstag, den 13. Dezember 1917.

25. Jahrgang

Ein Lichtstrahl aus England.

Resquith gegen Lloyd George.

England hat sein Spiel verloren. Das wissen wir.

England gibt sein Spiel auf, sobald es nicht mehr gewinnen zu können glaubt.

ist diese Einsicht nun da?

Fast scheint es so. Lansdownes Friedensbrief war von der Regierung abgeschüttelt worden. Auch die konservativen Parteifreunde des greisen Führers Lansdowne wagten nicht, sich für ihn auszusprechen. Aus Angst, daß die Liberalen den Krieg zu ihrem Parteigeschäft machen könnten. Jetzt hat der liberale Führer Resquith sich für Lansdowne ausgesprochen.

In einer Rede in Birmingham sagte er u. a. folgende bedeutungsvollen Worte: „Ich mußte von meinem Briefe nicht mehr als irgend ein Mitglied der Regierung, bis ich ihn in der Presse sah, und ich trage keine Verantwortung für seinen Inhalt, weder direkt noch indirekt, aber ich muß bekennen, daß das viel von der Kritik, die dem Brief widerfahren ist, mir daher zu rühren scheint, daß Meinungen und Absichten hineingelesen worden sind, die ich nicht darin finde. Wenn Lansdowne vorgeschlagen hätte, daß wir unsere Kriegsführung abschwächen oder die Sache eines oder mehrerer unserer Verbündeten dreisgeben sollen oder daß wir den Feinden, die es bisher ständig ablehnten, ihre Bedingungen anzugeben oder auch nur anzudeuten, mitteilen sollen, daß wir bereit sind, um Frieden zu bitten — und ich sehe, daß alle diese Auslegungen seinem Briefe entweder im Zustand oder in anderen Ländern zugeschrieben worden sind — so sind wenige unter uns, die sich von irgendwelchen derartigen Vorschlägen nicht abwenden würden.“

Ich aber nehme an, daß sein Hauptargument folgendes war: Die Alliierten sollten, während sie den Krieg kraft- und zielvoll fortsetzen, bemüht sein, den Völkern der Welt, sowohl den Kriegführenden wie den Neutralen, immer mehr klar zu machen, daß die einzigen Ziele, für die wir kämpfen, nationale und uneigennütige Ziele an sich sind und daß es diejenigen Ziele sind, für die wir in den Krieg eingetreten sind, und daß wir durch ihre Erreichung unserer Ueberzeugung nach nach einer dauernden Friedensbürgschaft trachten, begründet durch die gemeinschaftliche Autorität eines internationalen Bundes. Um die jüngsten Worte des Präsidenten Wilson zu gebrauchen, so ist das Ziel zu wirksamer Geltung zu bringen, die Teilnahme nicht allein der Regierungen, sondern auch der Völker, die fortan den Weltfrieden verbürgen müssen. Selbst jetzt ist es reichlich klar, daß nicht die Regierungen, sondern die Völker der feindlichen Länder künstlich im Dunkeln gehalten werden über unsere tatsächlichen Absichten sowohl hinsichtlich des Krieges wie des Friedens, und ich werde weiter tun, was ich kann, um den Schleier zu lüften und womöglich einige Lichtstrahlen hineinzulassen.“

Also: Revision der Kriegsziele! Wir, die Gegner, sollen endlich wissen, was die Engländer eigentlich wollen. Und darüber soll Lloyd George, so verlangt Resquith, sich endlich aussprechen.

Unsere See-Erfolge.

Drei Dampfer und ein Segler.

Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean neuerdings drei Dampfer und einen Segler vernichtet, und zwar den englischen Dampfer „Elaena“ mit Hafer, den englischen Schoner „Conobium“ mit Grubenholz, sowie zwei größere bewaffnete Dampfer.

Welch beträchtliches Artilleriematerial den Gegnern durch die Tätigkeit unserer U-Boote für immer entzogen wird, geht daraus hervor, daß eins unserer kürzlich von einer Fernfahrt im Mittelmeer zurückgekehrten Boote auf seiner Reise nicht weniger als 10 Geschütze mit den versenkten Schiffen in die Tiefe schiden konnte. Soweit bisher bekannt, sind seit Beginn des U-Boot-Krieges allein bis zum 1. Oktober dieses Jahres nicht weniger als 1116 Geschütze mit feindlichen Handelsschiffen versenkt, während 29 Geschütze von unseren U-Booten erbeutet werden konnten. Zu diesen bekannten Verlusten kommen auch noch die Einbußen an Artillerie der sehr großen Anzahl unbekannter versenkter Dampfer. Außer den Ge-

schützen versinkt mit den Dampfern natürlich auch die zu ihnen gehörige Munition. Anstelle all jener Schiffsgeschütze und zugehörigen Munition hätten Waffen- und Munitionsfabriken der Gegner entsprechend mehr Material für den Landkrieg herstellen können.

Schließlich wird zur Bedienung der Geschütze beträchtliches artilleristisch ausgebildetes Personal benötigt, das an Land Verwendung finden würde, wenn es nicht auf den Handelsschiffen fahren müßte.

Arbeitszwang für „bestrennete Ausländer“.

Der Mangel an Menschen scheint in England sehr groß zu sein, denn die britische Regierung trägt sich offenbar mit dem Plane einer zwangsweisen Herausziehung der — Ausländer in England zu bestimmten Arbeitsleistungen:

Die „Times“ erzählt, daß die Regierung beschloffen habe, sich im Interesse des Landes soviel als möglich der Dienste der „befreundeten Ausländer“ zu bedienen, deren Zahl in England über 100 000 beträgt, wovon 40 000 allein in London wohnen. Da sich von ihnen nur 4000 freiwillig für den Dienst zur Verfügung gestellt haben, sei, so schreibt die „Times“, ihnen gegenüber andere (wie zart!) Maßregeln notwendig. Nach der Neuordnung würde sich jeder befremdete Ausländer eintragen lassen müssen, um Erlaubnis zur Fortsetzung seines jetzigen Berufes zu erhalten. Erhalte er diese Erlaubnis nicht, so werde er in einen der Zweige des nationalen Dienstes (also Munitionsfabrikation usw.) aufgenommen werden.

Nachdem Uncle Sam sogar massenhaft neutrale Ausländer in sein Meer eingestellt hat, — in frecher Verhöhnung des Völkerrechts — kann man sich hierüber natürlich nicht mehr wundern. John Bull mochte dem Vetter in Amerika eben nach.

Die armen Hilfsvölker.

Der Engländer und seine Bundesgenossen.

Aus Maastricht wird uns geschrieben: Französische Zeitungen geben gerade in der letzten Zeit wieder ihrem Erbarmen Ausdruck, daß die Engländer, denen die gesamte Entente doch willig die politische und maritime Führung überlassen hat, es nicht übers Herz bringen können, die Landkriegsführung einem französischen Oberbefehlshaber anzuvertrauen. Mit Recht betonen die Franzosen, daß sie die Hauptlast des Krieges getragen haben, und daß ihre Armee die größte und bestgeschulte von allen Heeren des Verbandes ist. Ihnen würde also zweifellos das Recht auf Befehl der gemeinsamen Oberbefehlshaltung zustehen, das weiß auch Lloyd George. Aber er kennt besser als irgend ein anderer den Charakter und die Anschauungen des englischen Volkes und Heeres. Es ist völlig undenkbar, daß ein Brit sich einem Franzosen unterordnen würde. Unbilligkeiten wären unausbleiblich. Das liegt nun nicht etwa an der Person Sir Douglas Haig. Jeder Engländer, und sei es der dümmste Rekrut, dünkt sich den Soldaten der Verbündeten den himmelhoch überlegen. Die Franzosen haben sich bei den Engländern durch ihre Leistungen im Kriege wenigstens eine gewisse Achtung erworben, die bei den britischen Offizieren in offener Anerkennung, bei den Soldaten in einer wohlwollenden Herablassung, die uns zuweilen recht komisch anmutet, zum Ausdruck kommt.

Man darf sich aber nicht vorstellen, daß Engländer und Franzosen gute Kameraden seien. Die Führung hat ihre guten Gründe, wenn sie die Vermischung der verbündeten Truppen ängstlich vermeidet. Die Franzosen beklagen sich ständig über das anmaßende und rücksichtslose Auftreten ihrer „Freunde“, und die Engländer schimpfen mit Recht über eine neuerdings beliebte Schikane der Franzosen ihnen gegenüber, nämlich das Abnehmen der Pumpenschwengel, ohne die man auf dem Marsche natürlich dursten muß. Daß den Franzosen das Blut in den Kopf steigt, wenn sie sehen, wie der Bundesgenosse in den von ihm besetzten Departements sich häuslich einrichtet und alle Waren, Lebensmittel und — Mädchen für sich allein beansprucht, ist durchaus verständlich.

Die anderen Mitglieder des Bundeverbandes sind für den Engländer Hilfsvölker von untergeordneter Bedeutung. Die Belgier sind ihm äußerst unsympathisch. Der britische Soldat spricht mit verächtlichem Lächeln von der Armee, die kaum gut genug ist, in Ruhe hinter dem breiten Ueberflutungsgebiet zu sitzen, und die man ablesen muß, sobald eine ernsthafte Verührung mit dem Feinde in den Bereich der Möglichkeit rückt. Für die inneren Gründe der Mutlosigkeit des belgischen Heeres hat der Engländer natürlich kein Verständnis. Beraubt betont die spanische

Gesellschaft und Regierung das Mitleid und die Freundschaft mit den geprellten Bundesgenossen. Die Portugiesen, „Bork and Beans“, wie die englischen Soldaten so hübsch sagen, sind vollends eine lächerliche Erscheinung an der englischen Front. Darüber kann man sich nicht wundern. Von den Russen hat der einfache Soldat keine rechte Vorstellung. Die Presse sorgt dafür, daß die russische Armee trotz aller ihrer Niederlagen als eine wertvolle Waffe des Bundes hingestellt wurde. Jetzt bedauert man die „absolut niedergebrosenen Russen“ mehr, als daß man ihnen Vorwürfe macht.

Anders ist es mit den Italienern. Keine Nation erfreut sich so tiefer Beachtung im britischen Heere, wie die italienische. Nicht selten hört man, namentlich von britischen Offizieren, daß der Bruch Italiens mit seinen ehemaligen Verbündeten zwar im Interesse Englands, aber doch eine richtige Schandkerze gewesen sei. Der englische Arbeiter hat im Kriebe schon Gelegenheit gehabt, die Italiener kennen zu lernen. Aus persönlicher Anschauung sind daher auch die samischen Spottnamen geboren, mit denen man die „Kastelmacher“ im britischen Heere zu bezeichnen pflegt. „Kastelmacher“, „Kastanienkrämer“, „Drehorgelspieler“, „Gipsfigurenhändler“, und Bezeichnungen für die ganze Nation geworden. „Kastanienkrämer“, „Schmuggler und lausige Hunde“ hört man häufig. Die letzten Niederlagen haben die Italiener in der Achtung der Engländer noch stark herabgesetzt. „Die verfluchten Italiener schlagen sich erbärmlich, diese Bettler.“ „Die Italiener haben sich ergeben, diese verdammten Kerle. Mit Engländern hätte das nie geschehen können. Sie blamieren die ganze Entente.“ „Die Italiener haben eine Heidenangst vor den Deutschen. Sie hatten ausgezeichnete Gebirgsstellungen, aber sie haben sich jämmerlich geschlagen.“

Das sind Äußerungen britischer Offiziere, die sich noch beliebig vermehren ließen. Sie geben ein gutes Bild von der „Einmütigkeit“ bei unseren Feinden. Man versteht, daß es eine unmögliche Aufgabe ist, eine wirkliche Einheitsfront herausstellen, je länger der Krieg dauert, je größer unsere militärischen Erfolge, um so aussichtsloser werden die heftigen Bemühungen der Entente diplomaten sein, die Grundzüge in den Völkern und Heeren zu vertuschen. Sobald Englands Macht unter den Schlägen unserer Armee und der Wirkung der U-Boote zu wanken beginnt, werden die geduckten und misshandelten Sklaven Englands versuchen, die Fesseln abzuschütteln, das können wir gewiß sein. Im Augenblick unseres Endsieges zerfällt der Bund unserer Feinde.

Die Lage Lenins.

Werden die Bolschewiki sich halten können?

Seit die Engländer sich auf dem Wege über Amerika an die Bolschewiki-Maximalisten herangeschlagen haben, kann man annehmen, daß auch sie vor Lenin Respekt haben und auf die Dauer seiner Regierung rechnen.

Für uns ist es natürlich von allergrößter Tragweite, zu ermitteln, was die Leute, die mit uns über den Frieden verhandeln, eigentlich zu befehlen haben.

Das Bild schwankt natürlich noch immer.

Die Nahrungsmittelfragen scheinen allerdings überwunden zu sein. Der Lebensmittelkommissioner meldet, daß die tägliche Mehlfuhr bereits eine Million Kilogramm übersteigt. Der tägliche Verbrauch beträgt, falls die Protration auf 400 Gramm festgesetzt ist, fast 900 000 Kilogramm Mehl. Der Lebensmittelkommissioner in Tobolsk meldet, daß die Untersuchungen die Angaben des früheren Lebensmittelministers Protopopow bestätigen, wonach Sibirien eine ausgezeichnete Ernte hätte und der überflüssige Vorrat neun Millionen Tonnen ausmache. Dringende Verfügungen zur Ordnung des Transportwesens von Tobolsk nach Moskau sind getroffen.

Zunehmend scheinen die Beamtenchwierigkeiten fortzudauern. Nach Petersburger Mitteilungen ist sich die Leninsche Regierung darüber vollkommen im klaren, daß sie ohne die Mitarbeit der gebildeten Kreise auf die Dauer außer Stande ist, ihre jetzige Macht aufrecht zu erhalten. Doch hatten verschiedene Schritte gegen die Arbeitsverweigerung der Staatsbeamten sowie der Versuch, die gebildeten Elemente besonders des linken Flügels der Sozialrevolutionäre und Internationalisten für sich zu gewinnen, in den letzten Tagen Erfolg.

Das Blatt des Revolutionsdichters Maxim Gorki, „Nowaja Schina“, tritt nunmehr, nachdem auch die Wahlen zur Sobranje das Uebergewicht der Bolschewiki außer Zweifel stellen, für das Aufkommen einer

radikal-sozialistischen Sammelregierung unter Führung Lenins ein.

Der Volkskommissar, der wöchentlich in großen Volksversammlungen über die Tätigkeit der neuen Regierung Bericht erstattet, erklärte gegenüber den Vorwürfen der bürgerlichen Presse, die den Waffenstillstand als ein großes Wagnis bezeichneten:

Wenn der Waffenstillstand nicht sofort auf allen Fronten erreichbar war, so ist das nicht die Schuld der Sozialisten. Wir haben das Unstige getan. Wir haben die Verbündeten vorbereitet und werden erforderlichenfalls auch selbständig Frieden schließen. Wir wollen lieber dabei Verluste erleiden, als durch die Fortsetzung des Krieges dem sicheren Untergang entgegenzugehen. Zuverlässigkeit gab bekannt, daß alle Großfürstenpaläste als Staatseigen tum erklärt wurden. Eine gründliche Demokratisierung aller Behörden und Organisationen sei bereits im Gange.

Die Mehrheit des Heres ist für die Volschewiki.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sind an der gesamten Nordfront beendet. Die Volschewiki haben etwa 1 Prozent, die Sozialrevolutionäre ungefähr ein Drittel, die Volschewiki über die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Zahl der Stimmenthaltungen beträgt nicht mehr als 15 Prozent.

Falsche Propheten.

„Iren ist menschlich.“

Zu den Propheten, die für das vierte Kriegsjahr, das auf die Ablehnung des deutschen Friedensangebotes folgte, entscheidende Siege der Entente voraus sagten, gehörten neben den Staatsmännern und Feldherren der Entente auch zahlreiche Militärschriftsteller, so Kepington von der „Times“ und die verschiedenen französischen Generale und Obersten, die mit der Feder für das Jahr 1917 so große Siege für ihre Länder voraussahen. Aus den neutralen Staaten sei das Beispiel des Obersten Fehler hervorgehoben.

Wir greifen aus dem „Journal de Geneve“ die folgenden seiner Meinungsäußerungen heraus. Am 30. April schrieb er: „Die Zentralmächte sind der Erschöpfung nahe und haben den Krieg schon jetzt so gut wie verloren.“

Am 7. Mai 1917: „Selbst taktische Erfolge, die die Deutschen durch Niederlegung von Truppen aus Ausland erringen, können die Lage nicht mehr umgestalten. Deutschland befindet sich vollkommen in der Defensive.“

Am 1. August 1917: „Die deutsch-österreichische Offensive 1917 wird genau so zum Stehen kommen, wie die von 1915, sobald die Russen zu sich selbst gekommen sind.“

Am 30. August 1917: „Man kann behaupten, daß die Erfolge der Italiener am Isonzo und die der Verbündeten an der Westfront eher den Frieden bringen werden, als alle päpstlichen Auslassungen, Stockholmer Kongresse, Neben der russischen Sozialisten und alle pazifistischen Rundgebungen.“

Am 11. September 1917: „Der letzte französische Erfolg verdient allgemeine Beachtung. Ueberall, wo die Deutschen mit einem kriegsbegeisterten und gut ausgerüsteten Gegner zusammenstoßen, sind sie unfähig geworden, diesem das Geseh vorzuschreiben. Sie haben jede Initiative verloren.“

Am 4. Oktober 1917: „Für den weiteren Krieg bleibt das Deutsche Reich auf seine eigenen Kräfte beschränkt. Österreich-Ungarn und Bulgarien sind durch Verteidigungsmaßnahmen für deutsche Unterstüßung ausgeschaltet, nur die Türkei könnte sich einer deutschen Offensive anschließen.“

Am 30. Oktober 1917: „Eine Offensive im Alpengebiet sei höchstens auf den Verbindungssektoren mög-

lich, dann aber sehr unglücklich und ohne Aussicht auf vernichtende Wirkung.“

Am 21. Oktober 1917: „Die deutschen Eroberungen in der Ostsee können nichts mehr an der Lage der Dinge ändern.“

Am 30. Oktober 1917 erklärte er über die italienische Niederlage am Isonzo: „Die Niederlage könne keinesfalls politisch entscheidend sein, die Italiener hätten mehr Aussicht, die Lage wiederherzustellen, als ihre Feinde, sie glücklich zu Ende zu führen.“

Iren ist gewiß menschlich. Aber eine derartige Fülle sich in rascher Folge häufender Irrtümer, wie sie dem „Obersten“ Fehler unterlaufen sind und nach ihm zu demselben Resultat führen, ist ein sehr geringes militärisches Versehen. Es ist besser, sich der Verachtung nicht neutraler Berichterstatter, sondern entente-freundlicher Irreführung der öffentlichen Meinung aufkommen.

Von den Fronten.

Großes Hauptquartier, 12. Dez. Antsch. (W.D.).

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsintensität blieb in mäßigen Grenzen.

Im November beträgt der Verlust der feindlichen Luftkriegerkräfte an den deutschen Fronten 22 Fesselballone und 205 Flugzeuge, von denen 85 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 60 Flugzeuge und zwei Fesselballone verloren.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

In einzelnen Abschnitten zwischen Brenta und Piave entzündeten sich örtliche Kämpfe, in denen wir Gefangene machten.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Es scheint keinen Papiermangel zu geben.

Am 1. Januar 1918 werden in Rom vier neue Tageszeitungen erscheinen: „La Ragione“, ein republikanisches Organ, geleitet vom Abg. Brossini; „Il Campidoglio“, Organ der parlamentarischen Union; „L'epoca“, geleitet von Tullio Giordana; „Il Tempo“, geleitet vom früheren Chefredakteur des „Resto del Carlino“, Naldi. Der sozialistische „Avanti“ wird infolge der Unterbrechung Mailands in die Kriegszone seinen Sitz nach Rom verlegen.

Schweizer Klagen über französische Fliegerbomben.

Das Schweizerische Regierungsdirektorat des Auswärtigen hat am 10. Dezember an die französische Botschaft eine Note gerichtet, in der die Gebietsverletzungen durch fremde Flieger, die Bomben französischer Modelle in der Gegend von Muttens und Menziken auswarfen, zur Kenntnis gebracht wird. Mit der Anzeige der schweren Missstände wurde die dringende Aufforderung verbunden, solchen Vorkommnissen endlich ein Ziel zu setzen.

Dessen wird natürlich nichts.

Tonnerwetter! Das sollte noch!

Panama, eine der harmlosesten der mittelamerikanischen Räuberrepubliken, hat Österreich-Ungarn den Krieg erklärt.

„In Frankreich sieht eine Gesetzesvorlage eine Einschränkung im Papierverbrauch für Zeitungen um 50 Prozent vor.“

Frankreichs Zustimmung.

Genf, 12. Dez. (Eig. Meld.) Eine Savasnote gibt bekannt, daß die Fortsetzung der russischen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Frankreich gebilligt wird, das um die Zulassung von Sondergesandten bei den Verhandlungen für die übrigen Verbündeten nachsucht. Die Regierung werde in der Kammer die geeigneten Aufklärungen geben.

Politik und Beamte.

Der Beamtenstreit vor dem Reichsgesetzgebenden Rat. — Berlin, 12. Dezember.

Am 1. Oktober hatte der neue Minister des Innern Dr. Treub einen Erlaß an die Oberpräsidenten gesandt, worin er sagte:

„Anlässlich einer Anfrage eines der Herren Oberpräsidenten über die Beteiligung der politischen und anderen Staatsbeamten an den Bestrebungen der deutschen Vaterlandspartei habe ich entschieden, daß den Beamten meines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten, wie jeden anderen Staatsbürger, der Beitritt zu dieser Partei freistehe, daß es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort oder Schrift für ihre Bestrebungen eintreten. Ich ersuche, dies zu beachten.“

Darauf bezieht sich der heute zur Verhandlung gelangte Antrag der Abgeordneten Fuhrmann (nl.), Freiherr v. Doe (Str.), Mertin (freif.), Winkler (konf.) und Genossen auf Sicherstellung des Rechtes der Staatsbeamten zur politischen Betätigung. Der

„Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, das den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehende Recht der politischen Betätigung unter Zurücknahme neuerdings versuchter Einschränkungen sicherzustellen.“

Antrag hat folgenden Wortlaut:

In Verbindung mit diesem Antrag wird ein Antrag des fortschrittlichen Abgeordneten Bronsöhn und Genossen beraten, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Staatsregierung zu ersuchen, für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die den Staatsbeamten der freie Ausdruck ihrer politischen Überzeugung gewährt, jedoch unterlagt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem oder sonst durch Ausübung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.“

Die Begründung der Interpellation.

Abg. Fuhrmann (nl.): Im Namen der Angehörigen der Vaterlandspartei aus den verschiedenen Fraktionen muß ich hier feststellen, daß das Verbot des Ministers vom 1. Oktober offenbar einen Vorstoß gegen die bisherigen Gesinnungen bedeutet. Abgesehen von der Sozialdemokratie sollte eine tatkräftige Betätigung der Beamten in allen Parteien zulässig sein, das war immer die Regel. Die Regierung will doch keinen Scheidemann-Frieden, und darum befinden sich die Beamten, die für die Vaterlandspartei wirken, durchaus auf dem Boden des Staates und damit ihres Rechts. (Beifall.)

Minister des Innern Dr. Treub: In dem angebotenen Erlaß ist selbst darauf hingewiesen worden, daß er eine Entscheidung wiederholt, die ich in der Zeit vorher auf eine an mich gerichtete Anfrage hatte ergehen lassen. Etwa am 10. September war mir aus der Provinz die Anfrage vorgelegt worden, wie sich die Beamten der inneren Verwaltung, insbesondere die politischen Beamten, gegenüber der Vaterlandspartei zu verhalten hätten. Ich habe damals sofort telegraphisch die Entscheidung erlassen, die ich nachher an die übrigen Provinzialbehörden mitgeteilt habe. Ich möchte diese Daten um deßwillen anführen, weil in den Tagen, als ich auf die erste Anfrage einen telegraphischen Bescheid ergehen ließ, der Streit über die Vaterlandspartei ja bei weitem noch nicht in dem Maße entbrannt war und emporloderte wie später, als die großen Aus-

Die Franktireurs.

Kriegserzählung von F. G.

11) (Nachdruck verboten.)

„Wenn sie wieder hier durchkommen, brennen wir ihnen eins auf den Pelz.“ rief der Schuhmacher, wozu haben wir denn jetzt überhaupt Franktireurs im Orte?

„Und wir sind vollkommen berechtigt dazu.“ sagte der Schullehrer, der sich ihnen ebenfalls angeschlossen hatte, denn keine fremde Macht darf bewaffnete Soldaten in eine französische Stadt schicken — besonders keine aus einem so wilden Volkstamme wie die Alanten sind. Habt ihr den Bericht neulich im „Gaulois“ gelesen, Nachbar, wo die Abstammung der Alanten wissenschaftlich und historisch angegeben war? Es ist das genau so, als ob man in einer friedlichen Stadt ein paar Kaffee mit Tigern und Löwen öffnete und sie über die Leinwand losließ.“

„Und wozu haben wir unsere Waffen?“ rief der Fleischer, „hat uns der Maire nicht neulich selbst aufgefodert, dem anrückenden Feind zu begegnen, unsere Straßen zu verbarrikadieren und unsere Häuser bis auf den letzten Stein zu verteidigen? Worum ist unsere Bürgerwehr noch nicht organisiert? Habe ich nicht wieder und immer immer wieder darauf gedrungen?“

„Redet keinen Unsinn, Nachbar.“ sagte ein sehr anständig gekleideter Herr, der sich der kleinen Gruppe angeschlossen hatte. „St. Romain ist eine offene Stadt, und wie können wir sie verteidigen, wo wir nicht einmal Militär im Orte haben? Wenn unsere Armeen nicht instand sind, den Feind zurückzuwerfen, so wird man es doch wahrhaftig nicht von den Bürgern verlangen.“

„Wenn wir alle zusammenstehen wie ein Mann.“ rief der Schuster eifrig aus, „warum nicht? Wer hat 1792 die Fremden aus dem Lande hinausgetrieben, hat das Volk. Best die Zeitungen, Monsieur Gobin, da sind die Taten unserer Väter verzeichnet, und was die geleistet, können wir auch.“

Monsieur Gobin schüttelte ungeduldig mit dem Kopfe, aber er behielt seine Zeit, etwas zu erwidern, denn von oben — der Richtung zu, nach welcher die Alanten anstürmten, knatterten eine Anzahl Schüsse, und als ob ein Funke in ein Pulverfaß geflogen wäre, so fielen die Leute auseinander.

„Da geht's los!“ rief der Fleischer, indem er seinem

Hause zusprang — „holt eure Gewehre, Nachbarn — drauf auf die Schurken! Vive la Republique!“

Auch der Schuster und die anderen stürzten in ihre Häuser hinein, und in der Zeit von kaum zehn Sekunden rannten schon etwa zwanzig Bewaffnete, so rasch sie ihre Fäße trugen, die Straße hinauf, um an dem Kampf teilzunehmen. Es waren ja nur vier Mann Feinde, und mit denen wollten sie schon fertig werden. Die Leute hatten auf einmal Mut bekommen, und wie der Franzose überhaupt nur dem Augenblick gehorcht und jeden günstigen Moment für sich auszunutzen und ausbeuten, was eben die Folgen dann auch sein mögen, so dachten sie gar nicht an eine mögliche Wieder Vergeltung der Feinde, wenn sie nur eben für den Moment triumphierten — war ja doch hier ein Sieg zu erringen.

Der Maire war indessen, während die Alanten fröhlichen und sich die oben beschriebene Szene in der Straße abspielte, so rasch in seine Fäße trugen, an das Ende des kleinen Ortes geeilt, um unter jeder Bedingung einen Zusammenstoß mit den Alanten und den — wie er wusste — noch dort verweilenden Franktireurs zu verhindern. Um sich populär zu machen, hatte er allerdings schon verschiedene feurige Reden gehalten, welche in der gewöhnlichen französischen Art stets mit dem „Rumbe bis auf Messer“ und „unter den Trümmern begraben lassen“ schlossen. Aber er fühlte sich trotzdem nicht so ganz sicher, daß eine stärkere Truppenmacht des Feindes in der Nähe sei, und daß solche Orte, in welchen keine Patrouillen angegriffen worden, nicht gesichert würden, davon brachten die Blätter Beispiele zur Genüge, die eben dorthin sollten, was für Verbahren diese „Brüder“ wären. Vergriffen sich also die Franktireurs an der schwachen Truppe, so wurde St. Romain nachher vielleicht von den Feinden erobert, und einer solchen Gefahr durfte er die Stadt, in welcher er selber den Posten eines Maire bekleidete, nicht aussetzen.

Heroldsmus war ganz hübsch, aber was hatte er davon, wenn sie ihm hier vielleicht das eigene Haus über dem Kopf ansteckten, seinem Vaterland konnte er damit doch nichts nützen.

Schon ebe er die Wohnung der Madame Boissere erreichte, wo er wußte, daß er den Kapitän der Franktireurs fand, vernahmte er ihn, daß er dort eine Gruppe von Menschen auf der Straße zusammenfassen sah; aber eine

Uniform konnte er nicht darunter entdecken und auch keine Bewaffneten. Ein schwarzer Stein fiel ihm vom Herzen, als er gerade in dem nämlichen Augenblick in das Zimmer der Frau trat, wo Francois in bürgerlichem Anzug die gegenüberstehende Tür öffnete und ihm entgegenkam.

„Gott sei Dank!“ rief er aus, „daß Sie vernünftig gehandelt haben, lieber Salute; denn was würde es uns nützen, wenn wir über die paar Alanten hergefallen wären. Dabei ist keine Ehre einzulegen, und es hätte nur der Stadt Verderben bringen können.“

„Die paar Alanten?“ wiederholte Francois, ihn hart ansehend, „hat nicht ein ganzes Regiment die Stadt besetzt?“

„Gott bewahre.“ entgegnete der Maire, „nur vier Mann sind eingedrungen, um Quartier zu bestellen, aber die Truppe kommt, wie sie wenigstens sagen, nach.“

„Den Teufel auch! Nur vier Mann?“ rief der junge Kapitän mit vor: Horn klügenden Augen, und vor denen sollten wir uns verstecken? Wo sind sie jetzt?“

„Die frühlichen im Orte und werden dann wahrscheinlich hier vorbeikommen. Wenn ich nicht ganz irre, höre ich sie schon auf der Straße. Zeigen Sie sich nur nicht am Fenster, das ist das allerbeste, dann sind wir sie in zehn Minuten los.“

Francois war an das Fenster gedrungen, hatte sich aber kaum hinausgesehen und die Straße hinabgesehen, als er schon dem unten in dem kleinen Garten befindlichen Burden zurief:

„Hilf mir, Charles, hinüber! Feuer auf die Büschen, wenn sie in Schußweite kommen! Es darf keiner von ihnen den Platz lebend wieder verlassen. Es sind nur ein paar Mann, rasch — spring' über die Straße“ — und selbst zurücklaufend, rief er die Treppe hinauf und nahm die Gewehre heraus.

„Um aller Heiligen willen, Francois!“ rief der Maire erschreckt aus, „Ihr macht die Stadt unsicher! Ich habe ihnen gesagt, daß keine Franktireurs hier wären.“

„Zufes! Jeon!“ sagte aber Francois, ohne auch nur weiter auf den Maire zu achten, indem er den vorbeikommenden Leuten die Gewehre entgegenreichte und nur eins für sich behielt. „An eure Posten — da hinein! Die Fenster dort beherrschen die Straße nach zwei Seiten. Schießt die Canons von ihren Pferden herunter, aber zielt auf! Es darf keiner davonkommen!“ (Fortsetzung folgt.)

Havasnote
n Waffen-
Frankreich
Sonderge-
rigen Ver-
r Kammer

Abgeord-

ember.

s Innern

enten ge-

Oberpräsi-

d anderen

en Bates-

en meines

wie jedem

partei selb-

in Wort

ch ersuche

Handlung

n (nl.)

in klarer

Rechtens

ng. Der

das den

der pol-

versuchter

ein An-

son hat:

en Freige-

en, durch

politischen

innerhalb

ist durch

für pol-

."

gehörigen

aktionen

Ministers

die bis-

von der

ung der

das war

keinen

die Be-

durchaus

Rechts.

achtenen

er eine

er auf

en. Etwa

Anfrage

ren Ver-

gegenüber

habe da-

die ich

stellt habe

weil in

legraphi-

terlands-

mitbrannt

en Aus-

ch keine

Verzen,

Zimmer

zug die

am.

stig ge-

s uns

wären.

nur der

einandersehungen über die Art und Weise ihrer Agitation
entstanden, kurz bevor der Reichstag zusammentrat. Ich er-
wähne das ausdrücklich um deswillen, weil aus den Aus-
sagen des Abg. Fuhrmann der Eindruck hervorgeht, daß ich
hier — ich weiß nicht: ob gegen Pflicht und Ueber-
zeugung? — aber daß ich jedenfalls aus Rücksichtnahme vor
dem, was im Reichstag passiert wäre, den Erlaß heraus-
gegeben hätte. Das hat bei mir keine Rolle gespielt;
der Reichstag hatte damals überhaupt noch kein Wort
gesprochen. Die Entscheidungen habe ich damals meiner
pflichtmäßigen Ueberzeugung nach gefällt, für die ich auch
hier selbstverständlich eintrete. (Sehr richtig! links.) Wäre
ich eine Anwaltliche Natur, dann hätte ich wahrscheinlich vor
meinem Bescheid gegeben. Bequemer wäre das für mich
auf alle Fälle gewesen. Rücksichten auf Bequemlichkeit
und Furcht vor Konsequenzen spielen bei meinen Entschel-
dungen und Amtshandlungen keinerlei Rolle. (Zustimmung.)
Ich habe in dem Erlaß vom 12. September, den ich in dem
Mündchreiben vom 1. Oktober in der kurzen Form, in
der er ergangen war, den übrigen Provinzialbehörden mit-
geteilt habe, lediglich das zum Ausdruck gebracht, was be-
züglich der Haltung der Beamten meines Ressorts gegenüber
allen politischen Parteien zu gelten hat. Man kann dar-
über streiten, ob das, was ich als Norm für das Verhalten
der Beamten des inneren Ressorts gegenüber allen politi-
schen Parteien niedergelegt habe, zweckmäßig und rich-
tig ist. Darüber haben wir hier zu diskutieren. Aber
das möchte ich feststellen: in dem angefochtenen Erlaß
ist keinerlei Ausnahmesbestimmung für die Vaterlandspartei
enthalten. Ich habe es mir zur obersten Grundlage meines
Handelns gemacht, in allen derartigen Fragen, wo eine
Stellungnahme des mit unterstellten Behördenapparates zu
den politischen Parteien in Betracht kommt, alle politischen
Parteien gleich zu behandeln. (Rebhalte Zustimmung links.)
Was der einen Partei recht ist, muß auch der anderen recht
sein. In der Bevölkerung darf nicht der Glaube entstehen,
daß die Verwaltungsbehörden eine Partei um ihrer Partei
willen besser behandeln als eine andere. Ich habe dann
aus der Presse sehr bald erfahren, daß dieser Erlaß, der bei
Gelegenheit eines einzelnen Falles mit einer gewissen Kürze
erlassen wurde, wenn man ihn allein betrachtet und aus
ihm allgemeine Schlussfolgerungen zieht, zu Mißverständnis
Anlaß geben kann. Er ist dahin verstanden worden, daß
hier eine Ausnahmebestimmung zuungunsten der Vater-
landspartei getroffen worden sei. Ich will allen Parteien
gegenüber vollkommen objektiv auftreten und will mich
deshalb nicht auf ein Urteil über die Vaterlandspartei
einlassen. Die Regierung steht heute noch zu dem Worte
aners: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne
nur noch Deutsche! Die Regierung glaubt, daß alle Par-
teien, die für das Staats- und Reichs Leben und Freiheit
eintreten, vom guten und ehrlichen Willen besetzt sind,
jede auf ihre Weise mit den Mitteln, die sie für recht hält,
das Ziel zu verwirklichen. (Beifall links.) Auf diesem
Standpunkt steht sie und wird auch auf diesem Standpunkt
bleiben. (Erneuter Beifall.) Es sei denn, daß eine
Partei den Beweis führt, oder daß der Beweis erbracht
wird, daß sie Verrat am Vaterlande treibt.

Als ich sah, daß mein Erlaß mißverstanden worden sei,
jagte ich zunächst vor, eine schriftliche Erläuterung dieses
Erlasses herauszugeben, habe es aber nicht getan, weil
in den ersten Oktobertagen eine Sitzung des Oberpräsi-
dents bei mir stattfand, wo wir über andere Dinge
sprachen, und weil ich hier in mündlicher Aussprache die
beste Gelegenheit finden konnte, ein derartiges Mißverständ-
nis zu beseitigen und meine Stellungnahme noch ein-
mal klar zu präzisieren. Bei dieser Gelegenheit habe ich die
allgemeinen Grundsätze bezüglich der Stellung der Beamten
der inneren Verwaltung zu den politischen Parteien klar
und klar dargelegt. Die Beamten der inneren Verwaltung
sind inzwischen durch ihre Vorgesetzten ebenso klar und
klar darüber orientiert worden. Die Grundlagen, die ich
bei der Stellungnahme der Beamten meines Ressorts zu
den politischen Parteien beobachtet wissen will, sind kurz
folgende: Grundsätzlich herrscht politische Meinungsfreiheit.
Die Beamten können den einzelnen politischen Parteien un-
gehindert beitreten und ihnen angehören. Keinem Beamten
woll, wenn er dieser oder jener Partei beitreten oder ihr
„kleinlich“ will, irgend ein Vorwurf oder ein Nach-
teil erwachsen. Was die Betätigung für die politischen
Parteien, oder, wie ich verstanden habe, es deutsch aus-
drücken, ein Eintreten in Wort und Schrift für die Ziele
ihrer Partei, so möchte ich vorweg bemerken, wie ja auch
Herr Fuhrmann angedeutet hat, daß es anerkanntes
Recht ist, das auch durch die Rechtsprechung des Ober-
verwaltungsgerichtes bestätigt worden ist, daß der Beamte
in dieser Hinsicht nicht so dastehet, wie jeder andere Staats-
bürger, sondern daß er gewissen, sich aus der Natur seines
Beamtendienstes ergebenden Einschränkungen unterwerfen
muß. Als solche Einschränkung ergibt sich ganz allge-
mein z. B. die, daß er es unbedingt unterlassen muß, auf
die nachgeordneten Beamten einen Druck auszuüben, einer
gewissen Partei beizutreten, daß er auch sonst anderen
richtigen Personen gegenüber es unbedingt unterlassen muß,
vermöge der Befugnisse, die ihm sein Amt gibt, diesen Drit-
ten gegenüber Entscheidungen zu treffen, auf diese Dritten
Personen irgend eine Einwirkung auszuüben. Ferner ergibt
sich auch die natürliche Tatsache, daß er nicht während
der Amtsstunden mit den amtlichen Materialen Agitation
für die politische Partei, der er angehört, treiben darf.
Alle diese Beschränkungen gelten, wie ich ohne Rücksicht
mit meinen Kollegen aus den anderen Ministerien glaube
stellen zu können, zweifellos für die sämtlichen Be-
amten der Regierung. Für die Beamten der inneren Ver-
waltung kommt nun noch ein besonderer Gesichtspunkt in
Betracht. Zum Ressort der inneren Verwaltung gehören
politische Angelegenheiten in weitestem Umfang. Für zahl-
reiche Gebiete, die insbesondere auch mit dem politischen
Parteiwesen in enger Beziehung stehen, wie Vereins- und
Versammlungsrecht, Presse usw., sind von den Beamten
der inneren Verwaltung sehr häufig Entscheidungen zu
treffen, und zwar nicht nur von den Beamten in selbst-
ständiger und leitender Stellung, wie den Regierungspräsi-
denten und den Landräten, sondern, wie die Dinge ein-
mal liegen, auch von den nachgeordneten Beamten, so
von dem Kreissekretär wie auch von den einzelnen Be-
hördenbeamten, die in der Versammlung die Polizei ausüben
haben. Ich halte es für unbedingt nötig, daß auf
alle Fälle unter allen Umständen auch nur der Anschein
vermieden wird, daß diese Beamten bei ihren Entschel-
dungen, die sie im einzelnen Falle selbständig zu treffen
oder bei denen sie mitwirken haben, irgendwie durch
ihre politische Parteilichkeit beeinflusst sein können. Eine
beachtliche W. Dr. daß dieser Glaube, den ich, wenn er

erklärt, für sehr verwerflich halte, sich in der Ver-
waltung verbreitet, liegt dann vor, wenn der einzelne Be-
amte an der Agitation für bestimmte politische Parteien
in erheblicher und bemerkbarer Weise teilnimmt. Deshalb
ist hier schon wiederholt ausgeführt worden, daß gerade
für die Beamten der inneren Verwaltung vermöge dieser
besonderen Natur ihres Amtes eine besondere Zurückhal-
tung in ihrer noch außen hin erkennbar werdenden Betä-
tigung für eine politische Partei und ihr Eintreten mit
Wort und Schrift für politische Parteien geboten ist. Ich
halte es deshalb für erwünscht, daß die Beamten der
inneren Verwaltung dieser Klippe überhaupt aus dem Wege
gehen und daß sie sich an der Agitation für bestimmte poli-
tische Parteien nicht beteiligen. Ich halte es für erwünscht
— tut ein Beamter es doch, so kann ich es ihm nicht ver-
bieten. Er ist aber dafür verantwortlich, daß er die
gebotene Zurückhaltung unter allen Umständen strengstens
innehält und sich nicht unter allen Umständen im all-
gemeinen Staatsinteresse im einzelnen Falle dafür ver-
antwortlich machen, daß er diese Grenze in keinem Fall
überschreitet. Es besteht sehr wohl ein Unterschied zwi-
schen diesem „Rückhaltensgebot“ und dem, was verboten ist.
Weiter bestehen für politische Beamte auch noch andere Gren-
zen, auf welche der Abgeordnete Fuhrmann schon einge-
gangen ist. Fürst Bismarck hat diese in seinem muster-
gültigen Erlaß von 1882 dahin zusammengefaßt, Aufgabe
der politischen Beamten ist es, die Politik der Regierung
nach außen zu vertreten. Das weiß jeder, das ist ihre Auf-
gabe, das ist ihre Beamtenpflicht, und deshalb müssen die
politischen Beamten, der sich an der Agitation für eine be-
stimmte politische Partei betätigt, damit in der Ver-
waltung die Anschauung, daß die Ziele dieser politischen
Partei und die Ziele der Regierung auseinandergehen, so
ist derjenige politische Beamte, der in der Öffentlichkeit
mit seiner Person für die Ziele dieser politischen
Partei eintritt, nicht in der Lage, die Aufgabe seines Amtes
in richtiger und zweckentsprechender Weise zu erfüllen, näm-
lich für die Ziele der Regierung in der Öffentlichkeit wirk-
sam einzutreten. Um Zeitverlust auszuschließen, möchte ich
von vornherein erklären, daß die parlamentarische Tätig-
keit der Beamten durch diese Ausführungen selbstver-
ständlich nicht berührt wird. Die parlamentarische Tätig-
keit ist eine allen Beamten verfassungsmäßig gewährte
Freiheit, die von der Regierung selbstverständlich absolut
respektiert wird.

Diese Grundsätze ergeben sich gerade aus der Natur des
Beamtentums der inneren Verwaltung und seiner speziellen
Aufgaben. Sollten über die Tragweite meines Erlasses
vom 1. Oktober Mißverständnisse bestanden haben, so sind
diese Mißverständnisse wohl bei der Bepfehlung mit dem
Oberpräsidenten vollkommen beseitigt. Diese Grundsätze will
ich auch in Zukunft aufrecht erhalten und zwar auch aus
einer anderen Erwägung heraus. Tiefgehende Meinungs-
verschiedenheiten spalten unsere gesamte Bevölkerung in ver-
schiedene Lager. Der Streit der Parteien spielt auf dem Ge-
biete der äußeren und der inneren Politik auseinander. Da
müssen wir alles vermeiden, was diesen Miß, der durch
unser öffentliches Leben geht, noch weiter vertiefen könnte.
Wenn nun die Beamten der inneren Verwaltung davon ab-
gehalten werden, sich einer Agitation für bestimmte Par-
teien nicht zu betätigen, so dient es dazu, die Gegensätze
nicht zu vertiefen. Damit dienen wir der Einheit un-
seres Vaterlandes, die wir gewiß nicht nur nötig ha-
ben, um den Krieg zu gewinnen, sondern die wir auch bei
der Erfüllung unserer Aufgaben nach Friedensschluß bitter
brauchen. (Beifall.)

Der dann folgenden Aussprache lag das fernere
noch ein Antrag Hoffmann (U.-Soz.) zugrunde, der
volle Unabhängigkeit in der politischen Betätigung der
Beamten verlangte.

Abg. Ranzow (Sp.) verlangte ein fortschrittliches
Beamtentum. Die Tätigkeit der Vaterlandspartei in
der Provinz störe den inneren Frieden ganz bedenklich.

Abg. Hennings-Zachin (kons.) verteidigt unter gro-
ßer Unruhe der Linken die Vaterlandspartei. Es gibt
Parteien, die die Beamten bekämpfen müssen. (Un-
ruhe bei den Soz.) Das Friedensgerede hat sehr viel
geschadet.

Abg. Beyer-Kienast (Ztr.) beantragt die Ueber-
weisung beider Anträge an einen Ausschuß.

Abg. Reinert (Soz.): Wenn die Regierung tut,
was die Rechte will, dann verlangen die Konservativen
die Unterstützung durch die Beamten. Will die Re-
gierung etwas anderes, dann sollen die konservativen
Beamten auch gegen die Regierungspolitik auftreten.

Abg. Merin-Lets (freikons.): Das Wort „uner-
wünscht“ war in dem Erlaß unangebracht. Wirkliches
Material gegen die Vaterlandspartei ist nicht vorge-
bracht worden: sie wollte nur einen unglücklichen Fri-
densvorsatz verhindern.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Morgen: Kohlenversorgung.

Lokales und Provinzielles.

Schierlein, den 13. Dezember 1917.

** Aus dem Felde erhielt die Frau Wwe. Schuster
die erschütternde Nachricht, daß ihr Sohn, der Leutnant
Ernst Schuster, am 4. ds. Wts. nach einer am
selben Tage erfolgten schweren Verwundung den Held-
tod fürs Vaterland erlitten hat. Der Gefallene hat drei
Jahre lang ununterbrochen an der Westfront gestanden
und fast an allen großen Kampfhandlungen während
dieser Zeit teilgenommen. Er hat sich nach dem Urteil
seiner Vorgesetzten auch in den schwierigsten Lagen als
ein außerordentlich tüchtiger, besonnener und tapferer
Offizier erwiesen, wofür ja auch seine Auszeichnungen
Zeugnis ablegen. Am 4. Dezember wurde er beim
Schlagen einer Brücke von einer Granate so schwer ge-
troffen, daß nach wenigen Stunden seinem Leben ein
Ziel gesetzt war. Unangenehm schwere Schläge sind es,
die die Frau Lehrer Schuster während des Krieges er-
litten hat. Vor ca. 1½ Jahren wurde ihr der Gatte un-
erwartet schnell entzogen, ein Bruder von ihr erlag in
Rumänien einer im Dienste des Vaterlandes sich zuge-
zogenen Krankheit und sehr vor dem nahenden Frieden
mühte sie auch ihren ältesten, zu großen Hoffnungen
berechtigten Sohn dem Vaterlande zum Opfer geben.

Sein Andenken wird für immer in Ehren gehalten
werden.

** Geländet aus dem Rhein wurde der seit
22. November d. Js. vermählte Rentier Aug. Kühne
aus Wiesbaden, nach dem durch die Presse nachgefragt
worden war. Der Ges. hie, ist, wie inzwischen hat fest-
gestellt werden konnte, an dem genannten Tag, und
zwar in einer Zeit, in der auf der Mainzer Rheinbrücke
ein außerordentlich starker Fußgängerverkehr herrschte,
also vor den Augen zahlreicher Personen, von der Brücke
aus in den Rhein gesprungen; man hat ihn rheinabwärts
treiben, mit den Wellen ringen sehen, niemand aber hat
sich um seine Rettung bemüht oder auch nur seinen
Selbstmord gemeldet. Das ist jedenfalls eine Erscheinung,
die nur mit der heuligen Kriegszeit, wo das Leben des
einzelnen nicht mehr so hoch veranschlagt wird, zu er-
klären ist.

* Ausnahme-Sonntage vor Weihnachten.
Das Weihnachtsgeschäft wird in diesem Jahre kaum den
Umfang haben, den es noch in den ersten Kriegsjahren
gehabt hat. Mit Rücksicht auf die Knappheit der Vor-
räte war deshalb auch in diesem Jahre nicht in Aussicht
genommen, an den Sonntagen vor Weihnachten eine
verlängerte Verkaufszeit zuzulassen. Inzwischen sind
aber doch auch aus der Geschäftswelt lebhafteste Wünsche
laut geworden, daß für die beiden letzten Sonntage
Ausnahmen gewährt werden möchten, um dem Publikum,
das aller Gewohnheit gemäß diese Sonntage zu Ein-
käufen benutzte, die Gelegenheit dazu nicht ganz ab-
zuschneiden.

** Die kürzesten Tage des ganzen
Jahres stehen uns jetzt bevor. Daß sie uns jetzt
ganz besonders fühlbar in Erscheinung treten, dafür sorgt
die zu wenig freundliche Witterung. Sowohl morgens
als in den Nachmittagsstunden vermag die Sonne meistens
kaum durch den ewig wolkenbedeckten Himmel zu dringen.
Dadurch ist es oft um 8 Uhr morgens noch so dunkel,
daß man sehr gut die Lampe gebrauchen könnte und
nachmittags gleich nach drei Uhr sehr ebenfalls die Dunkel-
heit schon wieder ein. Bei der durch die Kriegsverhält-
nisse gebotenen Ersparnis an Elektrizität, Gas oder
Petroleum sind diese langen, dunklen Abende recht un-
bequem. Trotzdem wird man bei gutem Willen auch
über diese unangenehme Einschränkung hinwegkommen.

* Gebühren für Bezugsscheine in
Sich. Die Reichsbekleidungsstelle beschäftigt auf eine
Anfrage, daß im Zusammenhang mit anderen Organi-
sationsfragen den einzelnen Ausschüssen der Reichs-
bekleidungsstelle ein Antrag auf Erhebung von Gebühren
für die Ausstellung von Bezugsscheinen vorliegt. Die
Erwägungen dieser Ausschüsse seien aber noch nicht ab-
geschlossen. — Wir sind der Ansicht, daß eine Gebühren-
erhebung für Bezugsscheine nicht am Platze ist. Dafür,
daß die Bevölkerung Entbehrungen ertragen muß und
sich nur mühsam das Nötige auf das Nötigste beschaffen
kann, braucht man sie nicht noch zu besteuern.

** Ueberwinterung der Karloffel-
ernie 1917. Die sorgsame Lagerung und Pflege
der Karloffel ist heuer notwendiger denn je. Die
Kommunalverbände haben die Keller und sonstigen Kar-
loffellager der Erzeuger fortlaufend durch Sachverständige
zu überwachen. Zur Nachschau dürfen nur Fachleute ver-
wendet werden, die durch Ausbildung und Anregung für-
derlichen Einfluß auf die Landwirte auszuüben vermögen.
Namentlich ist darauf zu sehen, daß die Keller trocken
sind, daß die Karloffeln insbesondere auf trockener Unter-
lage liegen, dann daß sie nicht zu hoch geschüttelt, nicht
mit Ästen und sonstigen Feldfrüchten überdeckt liegen
und öfter sorgsam durchgesehen werden. Soweit die
Sachverständigen über die erforderlichen Kenntnisse und
Erfahrungen verfügen, sollen sie auch die Karloffelmieten
nachsehen. Weiter sollen die Sachverständigen die Land-
wirte dahin belehren, daß sie für den eigenen Verbrauch
und bei der Abgabe von Karloffeln in erster Linie die
weniger haltbaren Bestände hernehmen.

△ Weihnachtseisenverkehr. Es wird nochmals
darauf hingewiesen, daß Privatbriefsendungen im Ge-
nichte von mehr als 50 Gramm (Feldpostpa-
keten) an Heeresangehörige und zwar ohne Unterschied
ob die Sendungen an Heeresangehörige im Felde oder
an Angehörige im Inlande befindlicher Truppen ge-
richtet sind, für die Zeit vom 15. bis einschl. 24.
Dezember nicht angenommen und auch nicht be-
fordert werden.

Bringt Euren Goldschmud zur Goldankaufsstelle!

Aus aller Welt.

** Ein Kind beim Spielen verköttelt. In einer
in der Nähe von Dedenheim (Pfalz) gelegenen Sand-
grube spielten mehrere Schulkinder im Sand, als plöz-
lich eine größere Wasse Sand loslöste und den Knaben
Schimmel aus Kaiserslautern vollständig verköttelte.
Als Hilfe kam, war der unglückliche Knabe erstikt.

** Ein fettes Hamsterlager hat die Straßburger
Kriminalpolizei ausgehoben. Es wurde ihr durch An-
zeige bekannt, daß das Schuhgeschäft Hopf, Alter Fisch-
markt, Schuhwaren nur gegen Lebensmittel ausgab.
Die Hausdurchsuchung förderte 32 Pfund Butter, 10 große
Töpfe mit Schmalz, gegen 400 Eier, außerdem Wehl
und Speiseeiswaren in großer Menge an das Tages-
licht. Als Tauschobjekte wurden 150 Paar Stiefel,
echte Friedensware, vorgefunden.

Angenehme Familiengedächtnisse. Die in Wessungen freiwillig aus dem Leben geschiedene Arbeiterin Karoline Klemann hat, ehe sie den Selbstmord ausführte, ihr aus Wertpapieren bestehendes Vermögen von mehreren Tausend Mark verbrannt, damit ihre Geschwister nichts erben sollten.

Vom elektrischen Strom getötet. Beim Aufstellen eines elektrisch betriebenen Kranes kamen in Homburg i. d. Pfalz drei Monteure mit der Starkstromleitung in Berührung und wurden sofort getötet; zwei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Kriegsgewinnerei. Bei einer Berliner Kunstversteigerung wurden sabelhafte Sätze erzielt. So wurde bezahlt ein Selbstporträt Joha van Cleves mit nicht weniger als 215 000 Mark. Die nächst teueren Bilder wurden für 93 000 Mark und 53 000 Mark zugeschlagen. — Ferner sind noch die zwei Miesenpreise von 265 000 Mark und 135 000 Mark zu erwähnen; das Kaiser-Friedrich-Museum kaufte die Madonna eines niederländischen Malers für 80 000 Mark.

Werte dieser Art sind da natürlich nicht gehandelt worden. Diese Auspendungen sind nur ein Ausfluß der Prokerei.

Kriegszeuger. Ein englisches Fachblatt der Schuh- und Lederbranche, der „Shoe and Leather Record“, enthielt kürzlich folgende originelle Anzeige: „Nebemensch, ganz gleich welchen Alters und Geschlechtes, findet sofort Stellung in unserem Betrieb, wenn er imstande ist, die Bestimmungen der Regierung nicht nur zu lesen, sondern auch zu verstehen, was bisher niemandem gelungen ist.“

Über drei Jahre vermißt war ein Sohn des Landwirts de Buhr aus Holtersee. Seit dem September 1914 hatten die Eltern keine Nachricht von ihm erhalten. Jetzt wurde ihnen durch das Rote Kreuz mitgeteilt, daß der Krleger sich in russischer Gefangenschaft im Gouvernement Orenburg befindet.

Schonung von Schädlingen. Aus der Frankfurter Gegend wird gemeldet: Auf den Gewässern unserer Gegend werden vielfach Fischreier beobachtet, die aus dem Schongebiet der Edertalsperre Streifzüge hierher unternehmen und der Fischerei empfindlichen Schaden zufügen. — Die Schonung dieses gemeingefährlichen Fischreies kann für weitere Kreise unangenehm werden. Besonders jetzt im Kriege gibt es für die Fische der Edertalsperre andere berechtigtere Interessenten.

Weiteres von Halifax. Die Londoner „Times“ meldet aus Neuport, daß in Halifax sechs Hafendämme vernichtet worden seien. Von 550 Kindern, die zur Zeit der Explosion in den Schulen waren, seien nur 7 dem Tode entronnen.

Wegen Ermordung des Schuhmanns Schäfer wurde in Göttingen der Angeklagte Otto Bornemann aus Hannover zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

In München-Grudbach wurde ein Eisenbahnwagen mit bedruckten Baumwollstoffen, die nach Neuchâtel bestimmt waren, gestohlen. Für die Herbeischaffung sind 2000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Gerichtssaal.

Theologieprofessor wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Das Gericht in Königsberg hat den Professor der Theologie an der Universität Königsberg Friedrich Lejus wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem Schreiben vom 6. Mai 1916, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Noch ein Todesurteil. Am 13. Mai wurde die Ehefrau des Schuhmachers Franz Laver Meier im Nietenwald an der von Truppoling nach Schöllnach führenden Straße ermordet aufgefunden. Als Täter wurde der Chemann entlarvt. Meier hatte seine Frau, eine Tochter des Gütlers Huppenberger in Wärrnd, im Jahre 1913 geheiratet. In der Ehe gab es von allem Anfang an Streitigkeiten, und zwar hauptsächlich deshalb, weil der alte Huppenberger sich weigerte, dem Meier das Anwesen zu übergeben. Meier trennte sich dann von seiner Frau und lernte, nachdem er als Soldat eingezogen war, in München ein Dienstmädchen kennen. Um dieses heiraten zu können, erschlug er seine Frau.

Ein Todesurteil wurde in Rastenburg gefällt. Dort wurde der russisch-polnische Arbeiter Schod für schuldig erklärt, am 27. Januar seinen Arbeitskollegen mit einer Haue erschlagen und die Leiche in einen Teich bei Kotitlaa geworfen zu haben.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 12. Dez. Die im letzten Teil der gestrigen Geschäftszeit eingetretene weitere empfindliche Verflauung einer Anzahl von Spekulationswerten setzte sich zwar heute meist nicht weiter fort, aber die auf festere Wiener Kurse eingetretene teilweise Erholung vermochte in vielen Fällen die letzten Preisabschläge nicht auszugleichen. Die Hemmnisse der neuen Geschäftseinteilung machten sich im übrigen weiter fühlbar.

Berlin, 12. Dez. Warenhandel. (Nichtamtlich.) Saathafer 20,50—22,50, Saatgerste 20,50—22,50, Serradella 44—49, Futterrübenfamen 42—45, Schiffsrohr 4,60, Heidekraut lose und wurzelfrei auf Abladung bis 3,70 für 50 Kilo ab Station. Richtpreise für Saatgut: Rotklee 260—276, Schwedenklee 210 bis 228, Weißklee 160—176, Infornatlee 118—132, Gelbklee 96—106, Timothy 96—106, Heugras 108—120, Anaukgras 108—120 für 50 Kilo ab Station. Flegelstroh 4,75—5,25, Preßstroh 4,50, Maschinenstroh 4,00 bis 4,25.

Scherz und Ernst.

Neue Radiumquelle. Die bei den Bauarbeiten des babilischen Murgwerkes im Morgstollen auftretenden Quellwasser sind zum Teil stark radiumhaltig. Die Quellen werden so gefaßt, daß ihre Verwertung zu Heilzwecken ermöglicht bleibt.

Zu passenden
Weihnachtsgeschenken
empfehle mod. Broschen,
Kollier, Ketten, Arm-
bänder und dergl., ebenso
Trauerketten, Kollier u.
Broschen. Ausführungen
in Semibilder werden schnell-
stens besorgt.
Franz Uhrm. Steinheimer.
Schlagthähner zu verk.
bei E. Habicht.

Wandfahrpläne
das Stück 20 Pfg.
empfiehlt
Schierkeiner Zeitung.
Für jede
Auskunft
durch die Geschäftsstelle bei
Vermietung von Wohnun-
gen etc. wird eine
Gebühr von 5 Pfennig
erhoben.
Schierkeiner Zeitung.

**Trauer-
Drucksachen**
in vornehmer Ausführung,
auf Wunsch in wenigen
Stunden, liefert
Buchdruckerei
W. Probst.

Kleine Anzeigen
können nur gegen sofortige
Bezahlung
zur Aufnahme gelangen.
Schierkeiner Zeitung

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Verkauf von Fleisch- u. Wurstwaren.

Der Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren erfolgt am
Samstag Vormittag in der Zeit von 8—1 Uhr in der
nachstehenden Einteilung:

8—9 Uhr	für die Fleischarten Nr. 201—300 einschl.
	601—700
	1000—1100
9—10 Uhr	für die Fleischarten Nr. 300—411 einschl.
	701—813
	1101—1183
10—11 Uhr	für die Fleischarten Nr. 1—100 einschl.
	412—500
	814—900
11—12 Uhr	für die Fleischarten Nr. 101—200 einschl.
	501—600
	901—1000

12—1 Uhr für diejenigen Einwohner, welche verhindert waren,
die festgesetzten Verkaufszeiten einzuhalten.

Ausgabe von Weizengries für Kranke.

Die Ausgabe von Weizengries für Kranke findet
am Freitag, den 14. d. Wts. gegen Vorzeigung des
Ausweises auf Zimmer 4 im Rathause von 9—10 Uhr
vormittags statt.

Als entlaufen ist gemeldet:

Ein Huhn.

Als verloren ist gemeldet:

Eine wollene Pferdedecke.

Abzugeben auf Zimmer 1 des Rathauses.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Geldbetrag

Abzuholen auf Zimmer 1 des Rathauses

Schierlein, den 13. Dezember 1917.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Schulranzen!

Größte Auswahl. Billigste Preise.
offeriert als Spezialität
A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10
Reparaturen.



Am 4. Dezember starb nach 3 jährigem heldenhaften Ringen
den Heldentod fürs Vaterland mein lieber Sohn, unser lieber Bruder
und Schwager

cand. theol.

Ernst Schuster

Leutnant d. R. eines Pionier-Bataillons.

Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse.

In tiefster Trauer:

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Frau Emilie Schuster Wwe.

Danksagung.

Für die uns bewiesene Teilnahme bei dem Verluste un-
seres Vaters und für die überaus zahlreiche Beteiligung beim
Leichenbegängnis, besonders dem Männergesangsverein für den
erhebenden Grabgesang sowie für die überaus zahlreichen Kranz-
und Blumenspenden sagen innigen Dank

für die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Nicolaus Enghof.

Tüchtige

Arbeiter und Arbeiterinnen sowie ein Ristenschreiner

gesucht.

Setzkellerei Söhnelein.

Sie schicken zu Weihnachten am besten wieder Bilder ins Feld.

Ihre Aufträge speziell in Vergrößerungen
müssen Sie dieses Jahr früher aufgeben als
sonst, ferner bitte ich Sonntags, die Vormittags-
stunden zu Aufnahmen mehr in Anspruch zu
nehmen, am dem Andrag nachmittags vor-
zubeugen.

Photograph Stritter

Biebrich, Rathausstrasse 94.

Sonntags den ganzen Tag geöffnet!

Kalte Sprechstunden von 9—1 Uhr
und von 3—6 Uhr.

Dentist Denk, Biebrich

Wilhelmsanlage 5.

Fernruf 353.

Trockenes Brennholz

in kleineren und größeren Quantitäten (200—400 Stk.)
abzugeben.

Telephon 242

Kopp, Biebrich
Parkweg